



iran-report

Nr. 05/2006

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Parlament kritisiert Ahmadinedschad / Islamisten und die Keuschheit der Frauen / Frauen und Fußball / Attentäter zu Anschlägen auf US-Ziele bereit / Schriftsteller und Philosoph Djahanbeglu festgenommen

II. Wirtschaft

Manöver im Golf / Ungewissheiten in der Öl- und Gasförderung / Iran soll ohne Benzin-Importe auskommen / Mehr als ein Viertel der Iraner unter 30 ist arbeitslos

III. Außenpolitik

„Wir gehören nun zu den Atommächten der Welt“ / Nach Ablauf des Ultimatums / Russland: Iran soll Know-how zum Atomwaffenbau nicht erhalten / Ahmadinedschad nennt Gespräche mit den USA über Irak unnötig / Präsident reitet abermals Attacken gegen Israel / Peres vergleicht Ahmadinedschad mit Hitler / Israel nimmt Iran unter die Lupe / Russland will weiterhin Abwehrraketen an Iran liefern / Polen ruft zu mehr Geduld auf / 50 Millionen und noch mehr für Hamas



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 06/2006 Anfang Juni) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Mai 2006

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

5. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Parlament kritisiert Ahmadinedschad

„Ich sende ein Warnsignal an Ahmadinedschad.“ Mit diesem Satz leitete der bekannte konservative Abgeordnete Emad Afrugh seine ungewöhnlich scharfe Kritik an Präsident Ahmadinedschad ein. Die Politik der Regierung habe die Intellektuellen in die Isolation getrieben, sagte Afrugh am 30. April im Parlament. „Wieder einmal nimmt in unserem Land eine emotionale, hektische, autoritäre, pseudopolitische und zum Teil pseudowirtschaftliche Atmosphäre überhand.“ Dabei sei die iranische Gesellschaft auf die Dominanz der Kultur und Wissenschaft über Politik und Wirtschaft angewiesen. Dies sei der einzige Weg, der der Gesellschaft erlaubt, zu sich selbst zu finden. „Wir haben einen schweren Weg vor uns“, fuhr Afrugh fort. Vielleicht würden einige Intellektuelle denken, mit der Machtübernahme der Regierung seien ihre Aufgaben erledigt, denn das Ziel sei erreicht. Andere wiederum könnten die Auffassung vertreten, die Regierung habe alles monopolisiert und betrachte die Mitarbeit der Intellektuellen als überflüssig.

Die Regierung Ahmadinedschad sollte wissen, dass es ein großer Schlag für sie wäre, wenn die Intellektuellen sich tatsächlich zurückziehen würden, warnte Afrugh. „Herr Ahmadinedschad sollte wissen, was er den Intellektuellen schuldet, er soll nicht dem Irrtum verfallen zu glauben, dass alle Umstände, die zu seiner Wahl geführt haben, von ihm persönlich erdacht und eronnen wurden.“ Es wäre verheerend, wenn die Intellektuellen das Gefühl haben würden, der Staatspräsident wolle alles allein und „monopolistisch“ entscheiden und sich in den Mittelpunkt aller politischen, wirtschaftlichen und sogar kulturellen Aktivitäten stellen. Anlass für solche Eindrücke lieferten die übereilten Entscheidungen der Regierung, das schwache Kabinett und die Unterschätzung der Mitarbeit von Geistlichen und Fachexperten. „Grundsätzlich ist es nicht möglich, dass einer allein das Land verwaltet. Vor solchen abwegigen Gedanken sollte jeder sich hüten.“ Der Staatschef müsse immer die Ohren für Ratschläge der Experten offen halten und entsprechend handeln. Sonst würden sich die Intellektuellen und Fachleute zurückziehen, sich in Schweigen hüllen oder auch op-

ponieren. Eine prinzipientreue Regierung müsse sich an die Gesetze halten.

Der Abgeordnete brachte einige Beispiele für die Missachtungen der Gesetze durch die Regierung. Obwohl eine Beschlussvorlage der Regierung, einen Fonds für Bedürftige einzurichten, aufgrund von Fehlkalkulationen vom Parlament zurückgewiesen worden sei, habe der Staatspräsident bei allen seinen Reisen durch die Provinz dieses Projekt verkündet. Einen Beschluss des Parlaments, die Bildung von Familien durch eine finanzielle Unterstützung von Heiratwilligen zu fördern, habe die Regierung dagegen ignoriert.

Die Missachtung von Parlamentsbeschlüssen und Gesetzen sei ein Weg, der in die Irre führe, sagte Afrugh. „Herr Ahmadinedschad glaubt ein Retter der Menschheit zu sein. Das haben nicht einmal große Persönlichkeiten von sich behaupten können. Wenn wir ihn heute nicht warnen, wird es morgen zu spät sein. Wir müssen auf unserer Kritik beharren und ihn mit aller Kraft auffordern, seinen Weg zu korrigieren. Sollte er dieser Aufforderung nicht nachkommen, werden wir als Abgeordnete oder auch Lehrer andere Mittel einsetzen, um ihn von diesem Weg abzubringen.“ Sollten die Ratschläge und Warnungen nichts nützen, würden die Volksvertreter Wege einschlagen, die die Gesetze erlauben. Sie könnten sich auch an den Revolutionsführer wenden und ihn bitten, den Regierungschef auf seine Fehler aufmerksam zu machen.

Zum Schluss seiner Rede meinte Afrugh: „Die Vorstellung, Retter zu sein und alles alleine entscheiden zu müssen, ziemt sich nicht für ein Land, das in den 27 Jahren seit der islamischen Revolution hervorragende und kluge Experten hervorgebracht hat.“

Islamisten und die Keuschheit der Frauen

Während die Welt in diesen Tagen mit einem möglichen Krieg gegen Iran beschäftigt ist und jeder sich vor einer drohenden Katastrophe fürchtet, haben die Fundamentalisten in Iran offenbar nichts Besseres zu tun, als sich mit der Keuschheit der Frauen zu beschäftigen. Wie jedes Jahr vor dem Sommer steht auch in diesem Jahr in der Islamischen Republik die Frage auf der Tagesordnung, wie streng die islamische



Kleiderordnung in der unerträglichen Hitze gehandhabt werden soll. Die Antwort der Islamisten ist seit Bestehen des Gottesstaates dieselbe: „Keine Kompromisse!“ Ihrer Meinung nach müssen Frauen auch bei 50 Grad Außentemperatur Ihre Haare und ihren Körper vollständig verhüllen und vor den gierigen Augen der Männer bedeckt halten, damit die Männer nicht auf sündhafte Gedanken kommen.

Folgerichtig hat die Teheraner Polizei am 21. April bekannt gegeben, dass ab sofort verstärkte Kontrollen durchgeführt werden. Dafür werde sie zusätzlich 200 Beamte zur Verfügung stellen. Diese sollen neben der Verfolgung von Drogendealern und Autofahrern, die in ihren Autos laut Musik hören, auch auf die Einhaltung der Kleidungsvorschriften achten. Auch Bürgerinnen und Bürger, die einen Hund spazieren führen sowie Männer mit „unsittlicher“ Frisur sollen bestraft werden. Konservative Geistliche, die diese Maßnahmen verlangt haben, wollen nach eigenen Angaben damit islamische Werte gegen verderbliche Einflüsse des Westens verteidigen.

Während der Ära Chatami hatten die Frauen durch ihren mutigen Kampf durchgesetzt, dass diese strengen Kleidungsvorschriften gelockert wurden. Nach dem Sieg der Radikal-Fundamentalisten wurde allgemein befürchtet, dass das neue Regime die eroberten Freiräume wieder einengen würde. Aber in den ersten Monaten der Regierung Ahmadinedschads wurde diese Befürchtung kaum bestätigt. Zwar änderte sich der Ton und die Zensur der Presse und der Bücher wurde zunehmend strenger, aber das erreichte Minimum an Freiheiten im Privatleben und auch in der Öffentlichkeit wurde nicht angetastet. Damit scheint jetzt Schluss zu sein.

Frauen, die die Kleidungsvorschriften nicht einhalten, droht eine Geldstrafe von bis zu 300 Euro. Allerdings sollen Frauen in eng anliegenden Mänteln oder mit Socken zunächst von der Sittenpolizei verwarnt werden, bevor weitere Konsequenzen folgen. Auch Taxifahrer, die nicht „sittsam“ gekleidete Frauen mitnehmen, müssen mit einer Strafe rechnen ebenso wie Ladenbesitzer und Importeure, die entsprechende Kleider im Sortiment führen.

Frauen und Fußball

Nun spitzte sich auch noch der Streit über die Frage zu, ob Frauen an Fußballwettkämpfen als Zuschauerinnen teilnehmen dürfen. Seit langem führen Frauen einen erbitterten Kampf, um dieses Recht zu erlangen. Bislang ist das Verbot für Frauen, Fußballstadien zu besuchen, das seit der Machtübernahme der Islamisten besteht, nicht aufgehoben. In jüngster Zeit haben Frauen mehrmals gegen diese eklatante Verletzung ihres Rechts protestiert. Oft wurden in den Stadien junge Frauen, die sich als Mann gekleidet hatten, erwischt. Das ist auch das Thema des bei der Berlinale preisgekrönten Films „Offside“. Dieser Film, der in den Kinos vieler Länder läuft, darf in Iran immer noch nicht gezeigt werden.

Erstaunlicherweise hat nun Ahmadinedschad durch eine Order seinen Vize und Chef des Amtes für Leibeserziehung, Aliabadi, angewiesen, einen Teil der Plätze im Teheraner Stadion Azadi (Freiheit) für Frauen zu reservieren. Es gäbe zehntausende von Familien, die sich gerne die Spiele live im Stadion anschauen wollen, heißt es in dem Schreiben an Aliabadi. „Frauen haben bei allen historischen Ereignissen der vergangenen Jahrzehnte an vorderster Front gestanden und auch heute sind sie mit Freude dabei. Sie verteidigen die islamischen Werte und Heiligtümer und tragen in verschiedenen Bereichen Verantwortung. Daher ist es notwendig, dass durch sorgfältige Planung Frauen und Familien bei Nationalspielen und wichtigen Mannschaftsspielen die besten Plätze in einem abgegrenzten Teil des Stadions zur Verfügung gestellt werden“, schrieb Ahmadinedschad.

Kaum war die Order herausgegeben, da meldeten sich die Gegner zu Wort. Ayatollah Mohammad Fazel Lankarani, einer der grauen Eminenzen in der heiligen Stadt Ghom, erließ einen Fatwa (religiösen Befehl), in der es heißt: „Die Anwesenheit von Frauen und Männern in öffentlichen Sportplätzen ist nicht erlaubt, selbst dann nicht, wenn die Bereiche getrennt sind.“

Dieser Meinung schlossen sich mehrere Ayatollahs und einige Abgeordnete des Parlaments an. Sie forderten Ahmadinedschad auf, die Order wieder zurückzunehmen.

**Attentäter zu Anschlägen auf US-Ziele bereit**

Dem Bericht einer britischen Zeitung zufolge werde Teheran im Falle einer Bombardierung iranischer Atomanlagen britische und US-Ziele angreifen. Die Attentäter gehörten einer Sondereinheit der Revolutionären Garden an, die im März während einer Militärparade erstmals zu sehen gewesen sei, schrieb die Zeitung „The Sunday Times“. Die Mitglieder der Einheit hätten Sprengstoff an ihren Uniformen getragen und Zünder in die Höhe gehalten.

Die Zeitung zitiert aus einer Rede des Leiters des iranischen Zentrums für Doktrin-Strategische Studien der Revolutionären Garden, Hassan Abbasian, der gesagt haben soll, es seien 29 westliche Ziele ausgemacht worden. „Wir sind bereit, sensible Punkte der Amerikaner und Briten anzugreifen, wenn sie die Atomanlagen Irans angreifen“. Eine Tonbandaufzeichnung der Rede liege der Redaktion vor.

Schriftsteller und Philosoph Djahanbeglu festgenommen

Die Teheraner Staatsanwaltschaft hat am 3. Mai die Festnahme des iranischen Schriftstellers und Philosophen Ramin Djahanbeglu bestätigt. Mahmud Salaria, Stellvertreter des Obersten Staatsanwalt Teherans, konnte jedoch zu den Haftgründen keine Angaben machen.

Djahanbeglu, der zu den prominenten Intellektuellen Irans gehört, wurde nach seiner Ankunft auf dem Teheraner Flughafen festgenommen. Er hatte sich lange Jahre im Ausland aufgehalten und besitzt sowohl die iranische als auch die kanadische Staatsbürgerschaft.

Das Gerücht seiner Festnahme war bereits seit Tagen im Umlauf, doch erst am 3. Mai bestätigte die Justiz, dass Djahanbeglu sich im berüchtigten Teheraner Gefängnis Evin befindet. Der Zeitung „Etemad“ zufolge soll erst nach dem Verhör bekannt gegeben werden, was Djahanbeglu zur Last gelegt wird.

Der Autor mehrerer Bücher studierte in Paris an der Sorbonne und an der Harvard-Universität in den USA. Er schrieb unter anderem über den indischen Unabhängigkeitskämpfer Mahatma

Gandhi und den liberalen britischen Philosophen Isaiah Berlin. Das Thema, das ihn am meisten zu interessieren scheint, ist „Modernität und Tradition“.

Djahanbeglus Verhaftung hat bereits international Proteste hervorgerufen. In Iran äußerte sich Mohsen Kadivar, Vorsitzender des Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit, sehr besorgt über die Verhaftung Djahanbeglus. In einem Interview mit dem persischsprachigen Programm der BBC sagte Kadivar: „Obwohl wir seit hundert Jahren für Freiheit und freie Meinungsäußerung kämpfen, wird ein bekannter Schriftsteller ohne Haftbefehl und Angaben von Gründen festgenommen. Das ist nichts anderes als pure Willkür.“



II. Wirtschaft

Manöver im Golf

Das iranische Staatsfernsehen berichtete am 3. April, dass die iranische Marine im Rahmen eines Großmanövers im Persischen Golf erfolgreich einen neuen im Iran produzierten Torpedo getestet habe. Der Torpedo könne „über und unter Wasser jedes Schiff zerstören“, hieß in dem Bericht. Bei dem Sprengkörper handele es sich um „die gefährlichste Seewaffe“. Konteradmiral Mohammad Ebrahim Dehghani sagte laut der iranischen Nachrichtenagentur IRNA, das Manöver „Großer Prophet“ werde den „Feinden“ Irans zeigen, dass sie bei einem Angriff mit einer harten Antwort rechnen müssen.

Der neue Torpedo kann laut Dehghani „U-Boote in der Tiefe treffen und sie in zwei Hälften brechen“. Die Waffe sei von einheimischen Experten entwickelt worden und könne in Massenproduktion hergestellt werden. Er kündigte Tests von weiteren Raketen an, die das Land „stolz machen“, sagte der Manöver-Sprecher weiter. Die Militärübungen hätten bei britischen und US-Truppen in der Region bereits „Unruhe“ ausgelöst und sie in Alarmbereitschaft versetzt.

An den Tagen zuvor hatte Teheran bereits zwei Tests neuartiger Waffen gemeldet, darunter den erfolgreichen Test einer Rakete, die mehrere Ziele gleichzeitig angreifen und den feindlichen Radarschirmen entgehen könne. Bekannt gegeben wurde auch der Test einer extrem schnellen U-Boot-Rakete, die ebenfalls von Radar- und Sonarlagern nicht erfasst werden könne.

An dem Manöver nahmen neben Heer und Marine auch die Revolutionsgarden, die iranische Polizei und die Basidj-Miliz teil. Mehr als 17000 Soldaten waren an dem Manöver beteiligt.

Die US-Regierung hat die neuen Rakentests als Beleg für die Entwicklung aggressiver Waffenprogramme gewertet. Die Tests mehrerer neuartiger Raketen und Torpedos würden nicht nur von den Nachbarländern als Gefahr angesehen, sagte Außenamtssprecher Adam Erli in Washington.

Erli erinnerte daran, dass der Persische Golf, wo die iranischen Streitkräfte das Manöver abgehalten hätten, ein lebenswichtiger internationaler

Wasserweg sei. Außerdem unterstützten in der Region zahlreiche Länder die mit den USA alliierten Streitkräfte. Die Tests würden deshalb mit großer Sorge verfolgt, sagte Erli.

Ungewissheiten in der Öl- und Gasförderung

Die 11. Öl-, Gas- und Petrochemie-Ausstellung Irans hat trotz des iranischen Atomkonflikts und Ungewissheiten in der Öl- und Gasförderung mit reger Beteiligung der größten europäischen und asiatischen Konzerne in Teheran stattgefunden.

Die Öl- und Gasförderung Irans steckt seit eineinhalb Jahren in der Sackgasse. Dieser Bereich der iranischen Wirtschaft hat bisher die meisten Schäden hinnehmen müssen, die durch den Streit um das iranische Atomprogramm verursacht wurden. Diese bestehen vor allem darin, dass sich ausländische Konzerne im Hinblick auf mögliche Boykottmaßnahmen oder auf eine militärische Intervention gegen Iran äußerst zurückhaltend verhalten.

Dennoch schien das Interesse an der diesjährigen Ausstellung wesentlich größer zu sein als in den vergangenen Jahren. Die Zahl der in- und ausländischen Teilnehmer stieg um 17 Prozent. Insgesamt waren an der Ausstellung 1289 Firmen beteiligt, davon 790 inländische und 499 ausländische Firmen. Dabei standen die großen europäischen und asiatischen Konzerne in Abwesenheit ihrer amerikanischen Konkurrenten im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Unter den ausländischen Firmen waren die deutschen mit 91 Ausstellern am stärksten vertreten, gefolgt von Großbritannien mit 62 und Italien mit 35 Ausstellern. Diese Firmen verhielten sich zwar abwartend, sie wollten jedoch präsent sein, um bei einer möglichen Beruhigung der politischen Lage und einen Neubeginn der Aktivitäten sofort zugreifen zu können. Die iranische Öl- und Gasindustrie ist stark auf ausländische Investitionen angewiesen und die große Teilnahme ausländischer Unternehmen an der Ausstellung deutet auf ein großes Interesse an bereits geplanten Projekten, die allerdings seit eineinhalb Jahren brach liegen.

Dies gilt vor allem für das Südpars-Gas-Projekt. Dieses gemeinsame Projekt



von Iran und Qatar besteht aus 22 Phasen. Die ersten fünf Phasen wurden mit mehrjähriger Verzögerung realisiert und die zweiten fünf Phasen werden ebenso mit Verzögerung fortgesetzt. Das Schicksal der restlichen 12 Phasen ist völlig ungewiss. Eine Firma aus Malaysia, die über die Durchführung der Phase elf einen Vorvertrag unterzeichnet hatte, ist inzwischen aus dem Projekt ausgestiegen. Auch die Zusammenarbeit zwischen Total und der National-Iranischen Gasgesellschaft ist vorläufig eingestellt. Über die Durchführung der anderen Phasen wird seit langem mit verschiedenen ausländischen Firmen verhandelt, aber ein Ergebnis ist bislang nicht in Sicht.

Die Firma Südpars-Gas ist ebenfalls für das große Gasprojekt, über das mit Indien und Pakistan verhandelt wird, zuständig. Es handelt sich dabei um den Bau einer Pipeline, die zur Lieferung von Gas in diese Staaten gebaut werden soll. Die Verhandlungen dauern schon zehn Jahre und es ist immer noch ungewiss, wann es zu einem Vertragsabschluss kommen wird. Die Pipeline nach Pakistan soll eine Länge von 2700 Kilometer haben. Die Kosten sollen 4,5 Milliarden Dollar betragen.

Lange haben die Konflikte zwischen Indien und Pakistan dieses Projekt behindert. Seit zwei Jahren nähern sich die beiden Staaten wieder an. Dabei haben sie sich auch über das Gasprojekt geeinigt. Doch seit der Eskalation des Streits um das iranische Atomprogramm versucht Washington, Indien und Pakistan unter Druck zu setzen und das gemeinsame Projekt mit Iran zu verhindern.

Ungewiss ist auch das Schicksal der Ölquellen von Azadegan und Yadavaran, ebenfalls im Süden Irans, deren Förderung von japanischen bzw. chinesischen Firmen übernommen wurde.

Die Japaner, die vor zwei Jahren die Konzession für Azadegan für drei Milliarden Dollar übernommen haben, haben unter dem Vorwand der Räumung von Minen (die während des achtjährigen Kriegs zwischen Iran und Irak gelegt wurden) die Arbeit noch gar nicht aufgenommen. Die Kosten für dieses Projekt werden auf zwei Milliarden Dollar geschätzt. Die Höhe der Produktion soll bei 260.000 Barrel pro Tag liegen.

Auch die Chinesen haben vor zwei Jahren eine Vereinbarung zur Lieferung von 10 Millionen Tonnen Flüssiggas innerhalb von 25 Jahren aus Yadavaran ausgehandelt, haben jedoch bis heute den Vertrag nicht unterschrieben. Hier sollten Experten zufolge täglich 300.000 bis 400.000 Barrel gefördert werden. Die festgesetzte Frist für den Vertrag ist bereits vor einem Jahr abgelaufen. Die National Iranische Ölgesellschaft hat den Vorvertrag verlängert. Es scheint aber zwischen Iran und China Differenzen zu geben, die zur Verzögerung geführt haben.

Allgemein betrachtet, scheinen ausländische Unternehmen mit der Art der Verträge, die Iran verlangt, nicht zufrieden zu sein. Ihrer Meinung nach sind die Gewinne für die Unternehmen, langfristig gesehen, gering und die Verpflichtungen, die ihnen auferlegt werden, weit belastender als an anderen Orten in der Welt.

Dabei ist Iran bestrebt, jährlich rund 15 Milliarden Dollar in die Gas- und Ölindustrie zu investieren, was durch inländische Gesellschaften nicht zu leisten ist. Daher ist man dabei, die Investitionsbedingungen für ausländische Gesellschaften zu erleichtern und die Verträge lukrativer zu gestalten.

Im Gegensatz zu den ausländischen Unternehmen, konnten iranische Gesellschaften in den vergangenen acht Jahren ihre Aktivitäten in der Öl- und Gasindustrie erheblich steigern. Gesellschaften wie Petro Pars oder Petro Iran betreuen bereits große Projekte. Auch die Zuliefererunternehmen haben sich beachtlich weiterentwickelt. Doch nun befinden sie sich in einer unsicheren Lage. Ein Boykott des iranischen Öls könnte alles zunichte machen, was diese Unternehmen bis heute erreicht haben.

Iran soll ohne Benzinimporte auskommen

Nach Wunsch des Regierungschefs Mahmud Ahmadinedschad soll Iran in der zweiten Hälfte des Jahres (nach iranischem Kalender beginnt das Jahr am 21. März) ohne Benzinimporte auskommen.

Im dem vom Parlament verabschiedeten Haushaltsplan sei eine Subventionierung des importierten Benzins lediglich für die ersten sechs Monate des Jahres vorgesehen, sagte Ahmadinedschad.



Iran gehört zu den größten Erdölproduzenten der Welt, muss jedoch aufgrund der geringen Kapazität der eigenen Raffinerien etwa 40 Prozent seines Benzinbedarfs aus dem Ausland importieren.

„Wir müssen uns nach den Gesetzen richten“, sagte Ahmadinedschad. „Wir hätten zur Deckung des Inlandsbedarfs für fast fünf Milliarden Dollar Benzin einführen müssen. Aber wir wissen doch alle, dass der angegebene Bedarf nicht korrekt ist. Da gibt es Verschiebungen, die viel kosten.“

Tatsächlich wird ein Teil des vom Staat subventionierten eingeführten Benzins wieder ins Ausland geschmuggelt. Denn das importierte Benzin wird zu demselben Preis wie das im Iran produzierte Benzin verkauft. Der Preis dieses Benzins ist sehr niedrig (etwa neun Cent pro Liter). Schmuggelt man dieses billig gekaufte Benzin ins Ausland, etwa nach Pakistan oder in die Türkei, in die Länder also, in denen das Benzin weitaus teurer ist, kann man damit enorme Gewinne erzielen.

Das Geld, das für das importierte Benzin ausgegeben werde, müsse für Aufbauprojekte oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verwendet werden, sagte Ahmadinedschad. Deshalb müsse sich das Land mit dem im Inland produzierten Benzin begnügen. „Wir müssen also Rationalisierungsmaßnahmen treffen. Alle werden zwar das benötigte Benzin erhalten, müssen jedoch auf unnötige Reisen verzichten.“

Einige Experten sind der Meinung, dass eine Preiserhöhung vernünftiger wäre als die Rationalisierung des Benzins.

Der durchschnittliche Benzinverbrauch in Iran ist dreimal höher als in Malaysia, zehn Mal höher als in China und sechzehn Mal höher als in Indien.

Mehr als ein Viertel der Iraner unter 30 ist arbeitslos

Nach Angaben des Ministers für Arbeit und Soziales ist mehr als Viertel der Iraner zwischen 20 und 29 ohne Arbeit. Es ist das erste Mal, dass die Regierung eine solche Misere offiziell zugibt.

Nach offiziellen Angaben liegt die Arbeitslosigkeit in Iran bei 12,3 Pro-

zent. Der Minister für Arbeit und Soziales, Mohammad Djahromi, erklärte am 26. April in Teheran, die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen im Alter zwischen 20 und 29 liege bei 26,6 Prozent.

Die Regierung hat sich das Ziel gesetzt, jährlich 500.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Nach Meinung Djahromis könne durch die Reformierung der Finanzstruktur, durch mehr Werbung für den Kauf von inländischen Produkten und durch eine engere Kooperation von Firmen mit der Arbeitsvermittlung das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst werden. Auch eine Steuersenkung könne der Wirtschaft für weitere Investitionen Erleichterungen bringen.

Djahromi erwähnte auch die Reform der Arbeitsgesetze, die bereits in Angriff genommen worden sei.

Durch eine hohe Geburtenrate in den ersten Jahren der Revolution hat sich die Zahl der Einwohner Irans rapide erhöht, so dass jetzt jährlich mehrere Hunderttausend (nach den letzten Statistiken rund 700.000) neue Arbeitssuchende auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Dadurch steigt Jahr für Jahr die Zahl der Arbeitslosen.



III. Außenpolitik

„Wir gehören nun zu den Atommächten der Welt“

Während überall in der Welt die Sorge um eine Eskalation des iranischen Atomkonflikts und eines Militärschlags gegen Iran umging, verkündete Irans Staatspräsident Ahmadinedschad ungeachtet der Weltlage überraschend am 11. April in der heiligen Stadt Mashad: „Wir gehören von nun an zu den Atommächten der Welt.“ Iranischen Wissenschaftlern sei es am 9. April endlich gelungen, Uran bis zu einem Grad anzureichern, der für den vollständigen nuklearen Brennstoffkreislauf erforderlich ist, sagte der Präsident. Dies sei eine „historische Erlungenschaft“, das „Ergebnis des Widerstands des iranischen Volkes“. Er beglückwünschte den Revolutionsführer, das iranische Volk, die Märtyrer und die Jugend zu diesem großen Erfolg.

Schon seit Tagen hatten die iranischen Medien angekündigt, der Staatspräsident habe seinem Volk eine „beglückende Nachricht“ mitzuteilen. Die Spannung auf die Rede steigerte sich, als Gerüchte in Umlauf kamen, Ahmadinedschad werde bekannt geben, dass Iran bereits im Besitz der Bombe sei. Doch wenige Stunden vor der zeremoniell vorbereiteten Ankündigung stahl der gerade in Kuwait weilende Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsadschani dem Präsidenten die Schau. In einem Interview mit der kuwaitischen Nachrichtenagentur KUNA gab er bekannt, Iran habe 164 Zentrifugen zum Einsatz gebracht und durch Zufuhr von Gas (Uranhexafluorid) die Schließung des atomaren Brennstoffkreislaufs erreicht. Die industrielle Produktion könne beginnen. Rafsadschani ließ es sich freilich nicht nehmen, diese Indiskretion mit einer Ermahnung zu verbinden. „Ich fordere die iranische Verhandlungsdelegation im Atomkonflikt auf, vernünftige Entscheidungen zu treffen, nicht emotional zu handeln und in den Konflikt Normalität einkehren zu lassen.“

Doch Ahmadinedschad ließ sich die Freude nicht verderben. Während ihm der oberste Geistliche der Provinz Vaez Tabasi und der Oberkommandierende der Streitkräfte General Firusabadi links und rechts zur Seite standen und Friedenstauben die mit dem Emblem der internationalen Atombehörde geschmückte Nationalflagge umkreisten, sagte

er: „Feinde können die iranische Nation nicht vom Pfad des Fortschritts abbringen.“ Der Iran werde die Anreicherungstechnologie solange weiter entwickeln, bis die Atomkraftwerke des Landes mit Brennstoff versorgt werden könnten. Dies sei der Wille des iranischen Volkes und die Regierung werde sich daran halten. Ahmadinedschad betonte, das iranische Atomprogramm werde ausschließlich friedlichen Zwecken dienen. „Für uns bilden Wissenschaft und Glauben eine Einheit, und unser Glauben dient dem Frieden.“

Der Staatschef appellierte an die iranische Bevölkerung, ein Volksfest zu veranstalten und diesen „Nationaltag“ mit erhobenem Haupt zu feiern. Bei der Zeremonie, die live vom Fernsehen übertragen wurde, trug eine mit verschiedenen traditionellen Volkstrachten gekleidete Gruppe den „gelben Kuchen“ (angereichertes Uran) zum heiligen Schrein. Radio und Fernsehen unterbrachen immer wieder ihre Programme, um, begleitet von Revolutionsliedern, die „beglückende Nachricht“ zu verkünden.

Doch in der Bevölkerung war die Stimmung geteilt. Berichte der letzten Tage über einen möglichen militärischen Angriff der USA wurden ernst genommen. Die Ankündigung sei ein Spiel mit dem Feuer, warnten vorsichtig einige Kommentatoren. Aber es schien, dass die Radikal-Islamisten mit den ständigen Provokationen gerade ein solches Spiel heraufbeschwören wollten. Der Generalsekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats Iran, Ali Laridschani, beteuerte, sein Land sei auf alle Eventualitäten vorbereitet und werde auf jede Entscheidung entsprechend reagieren. Und Ahmadinedschad betonte noch einmal: „Iran wird nicht einen Deut von seinem nationalen Recht abweichen. Wir werden mit Klugheit und geballter Kraft den Willen des Volkes durchsetzen.“

Was veranlasste das Regime in Teheran kaum drei Wochen vor Ablauf der Frist, so demonstrativ dem Westen die Stirn zu zeigen? Es gab drei Möglichkeiten. Entweder wollte die Regierung einlenken und, um das Gesicht nicht zu verlieren, behaupten, sie habe ihr Ziel erreicht und könne nun für eine gewisse Zeit das Atomprogramm stilllegen. Oder sie rechnete damit, dass Russland und China eine härtere Gangart des Sicherheitsrates auf jeden Fall verhindern würden. Es könnte aber auch sein,



dass dieses Regime, das von Konflikten und Provokationen lebt, sogar einen Krieg begrüßen würde.

Die USA haben die Urananreicherung scharf kritisiert. Sie sei „ein weiterer Schritt des iranischen Regimes, die internationale Staatengemeinschaft herauszufordern“ sagte der Sprecher des US-Außenministeriums, Sean McCormack. Erstaunlich war, dass auch Russland, das aufgrund seiner weitreichenden Wirtschaftsbeziehungen zum Iran recht behutsam mit Teheran umgeht, das Vorgehen verurteilt hat. „Der Schritt widerspricht den Entscheidungen der Internationalen Atomenergie-Behörde und der Erklärung des UN-Sicherheitsrats“, sagte ein Sprecher des Moskauer Außenministeriums. Peking hingegen appellierte an die Beteiligten, den Weg der Diplomatie nicht zu verlassen und den Konflikt friedlich zu lösen.

Der UN-Sicherheitsrat hatte am 27. März Iran aufgefordert, innerhalb eines Monats sein Atomprogramm vollständig auszusetzen. Es ist noch nicht sicher, ob sich die ständigen Ratsmitglieder auf mögliche Sanktionen gegen Iran einigen können.

Am 18. April trafen sich Vertreter der fünf Vetomächte plus Deutschland in Moskau, um über das weitere Vorgehen gegen den Iran zu beraten. Doch alle Bemühungen waren vergeblich. Russland und China lehnten Sanktionen gegen den Iran hartnäckig ab. Daraufhin drohte US-Außenministerin Rice, sollte sich der UN-Sicherheitsrat nicht auf ein entschlossenes Vorgehen gegen den Iran einigen können, würde Washington eine „Koalition der Willigen“ bilden. Es gebe Länder, die überlegen, welche finanziellen und politischen Schritte in einer solchen Koalition ergriffen werden könnten, sagte Rice. Sie wiederholte die Standardformulierung, wonach alle Optionen einschließlich einer militärischen auf dem Tisch lägen, und fügte hinzu, das Recht auf Selbstverteidigung verlange nicht notwendigerweise eine UN-Resolution. Dabei bezog sie sich auf die Kriege auf dem Balkan und im Irak.

Aus dieser Stellungnahme ging hervor, dass Washington allmählich nicht mehr mit einer Einigung der Veto-Mächte im Sicherheitsrat rechnet und nun, wie damals im Irak-Krieg, unter dem Vorwand der Selbstverteidigung an dem Sicherheitsrat vorbei Aktionen plant.

Der Vorwand der Selbstverteidigung klingt umso absurder, wenn man bedenkt, dass dem Iran bisher nicht einmal nachgewiesen werden konnte, den Bau der Bombe zu planen, und selbst wenn es diese Absicht geben sollte, würde das Land nach Meinung von Experten noch Jahre benötigen, um ans Ziel zu gelangen.

Eine Woche vor Ablauf der vom UN-Sicherheitsrat festgesetzten Frist traf, wie so oft vor kritischen Sitzungen, eine Verwirrung stiftende Stellungnahme aus Teheran ein. Iran halte eine Einigung auf den russischen Vorschlag für möglich, hieß die neue Botschaft. „Wir haben schon vor längerer Zeit unsere grundsätzliche Zustimmung zu diesem Vorschlag gegeben. Es bleiben aber noch viele technische, juristische und finanzielle Fragen, an denen gearbeitet werden muss“, sagte Irans Botschafter bei der IAEA, Ali-Asghar Soltanieh am 21. April auf einer Konferenz in Moskau.

Was Soltanieh sagte, brauchte aber für Ahmadinedschad nicht zu gelten. So ließ der Präsident am 24. April – auf einer Pressekonferenz in Teheran – die Weltöffentlichkeit wissen, der russische Vorschlag stehe nicht mehr zur Debatte. „Russland hat ein Anreicherungsprogramm, wir haben unser eigenes Anreicherungsprogramm, und der Vorschlag stammt von vor sechs Monaten, als der Iran noch kein Anreicherungsprogramm hatte.“ Bezüglich der bevorstehenden Sitzung des UN-Sicherheitsrats sagte der Präsident: „Diejenigen, die über Sanktionen reden, würden mehr Schaden davontragen. Es wird nichts passieren, keine Sorge.“ Ahmadinedschad stellte auch die Mitgliedschaft Irans in der IAEA in Frage: „Was haben uns mehr als 30 Jahre Mitgliedschaft gebracht,“ fragte er. „Wenn wir sehen sollten, dass sie unsere Rechte verletzen oder nicht achten – nun, dann werden wir unsere Politik überprüfen.“

Am Vorabend des Ablaufs des Ultimatums setzte Teheran allen Spekulationen ein Ende und zeigte sich entschlossen, den Konfrontationskurs fortzusetzen. Chefunterhändler Laridschani machte deutlich, dass ein Einlenken seines Landes ausgeschlossen sei. Sollte der Rat Sanktionen verhängen, werde Iran seine Beziehung zur internationalen Atombehörde abbrechen und im Falle eines militärischen Angriffs sein Programm im



Verborgenen weiterführen. „Ein militärisches Vorgehen wird nicht zum Ende des Programms führen“, versicherte Laridschani. Und an die Adresse des Westens gerichtet, ergänzte er: „Wenn sie zu harten Maßnahmen greifen, werden wir das Programm verstecken. Dann werden sie uns möglicherweise Verluste zufügen, aber sie werden selbst verlieren.“

Auch Irans Verteidigungsminister Mohammad Mostafa Nadschar warnte die USA vor einem Militärschlag gegen das Land. Er erinnerte die USA an das Schicksal seiner Soldaten bei der gescheiterten Befreiung von Geiseln aus der früheren US-Botschaft in Teheran 1980, als diese in „Gottes Hölle“ verbrannt seien.

Nach Ablauf des Ultimatums

Iran hat das Ultimatum des UN-Sicherheitsrats, bis zum 28. April sein Atomprogramm vollständig auszusetzen, verstreichen lassen. Der Bericht des Generalsekretärs der Internationale Atombehörde, Mohammad El Baradei, fiel negativer aus, als allgemein angenommen. Der Iran habe erfolgreich Uran angereichert und setze die Arbeiten entgegen der Forderungen des UN-Gremiums fort, heißt es in dem Bericht. Es sei besorgniserregend, dass Teheran nach wie vor alle Versuche der IAEA blockiere, sich Klarheit über den Teil des Programms zu verschaffen, der den Verdacht nähert, Iran wolle Atomwaffen herstellen. „Jeder Fortschritt in diesem Bereich erfordert vollständige Transparenz und die aktive Zusammenarbeit Irans“ heißt es in dem Bericht. Die Inspektoren hätten nach dreijährigen Untersuchungen auch festgestellt, dass der Iran für einige Experimente Plutonium verwendet habe, das der Atombehörde gegenüber nicht deklariert worden sei. Der Bericht bestätigte auch, dass es iranischen Wissenschaftlern gelungen sei, in der Atomanlage in Natans Uran auf den für Kernbrennstoff nötigen Grad von 3,6 Prozent anzureichern. Der Iran baue seine Urananreicherung zurzeit weiter aus und könnte damit seine Kapazität zunächst mit drei so genannten Kaskaden verdreifachen.

Mit diesem Bericht konnte die Atombehörde zwar nach wie vor nicht nachweisen, dass der Iran den Bau der Atom-bombe beabsichtigt oder gar bereits daran arbeitet. Aber er lieferte den

Hardlinern einen weiteren Vorwand, um ein hartes Vorgehen gegen den Iran zu fordern. Der amerikanische UN-Botschafter John Bolton sprach von „Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit“. Der Druck auf die Teheraner Führung müsse erhöht werden, sagte er und plädierte dafür, die geplante Resolution auf Kapitel VII der UN-Charta zu beziehen, das auch den Einsatz von militärischer Gewalt nicht ausschließt. „Nur so können wir den Druck auf den Iran erhöhen und ihm zeigen, wie sehr er sich selbst von der internationalen Gemeinschaft isoliert hat.“ Diese Einschätzung bedeutet nichts anderes als eine Aufforderung an den UN-Sicherheitsrat, Sanktionen gegen den Iran zu beschließen und sollten diese nicht zum Erfolg führen, militärisch gegen das Land vorzugehen.

Doch solche Drohungen ließen die iranische Regierung kalt. Präsident Mahmud Ahmadinedschad erklärte: „Wir sind Zeugen dieser politischen Spielchen und Verschwörungen der Feinde des (iranischen) Systems gegen die friedlichen Atomprogramme des Landes. Wer mit solchen Methoden versucht, der iranischen Nation dieses Recht zu nehmen, sollte wissen, dass für die Iraner diese Entschließungen und Resolutionen des UN-Sicherheitsrats keinen Pfifferling wert sind.“ Iran werde niemals auf die Urananreicherung verzichten. Das Atomprogramm sei für sein Land ein „nationales Erfordernis“, sagte Ahmadinedschad.

Nun ist der UN-Sicherheitsrat am Zug. Die nächste Ratssitzung ist für den 7. Mai geplant. Es ist schwer einzuschätzen, was dabei herauskommen wird.

Russland und China lehnen bislang harte Sanktionen gegen den Iran ab. Sie schlagen vor, nicht die UNO, sondern die Internationale Atombehörde (IAEA) solle sich weiterhin mit dem Fall befassen. Das ist auch der Wunsch Irans. Teheran hat seine Bereitschaft bekundet, mehr als bisher mit der Atombehörde zu kooperieren und, sollte die Akte an die IAEA zurückgegeben werden, die inzwischen ausgesetzten unangemeldeten Kontrollen wieder zuzulassen. Teheran wolle den Streit im Dialog lösen, sagte der Sprecher des Außenministeriums Hamid Reza Assefi. „Aber Iran werde keine Verhandlungen unter Druck führen und unter Drohungen kapitulieren“, erklärte er. Sollte der Sicherheitsrat radikale Sanktionen be-



schließen, werde Iran entsprechend reagieren. Und der Stellvertretende Ölminister Nedschat Hosseini an drohte mit dem Anstieg des Ölpreises. „Ich glaube nicht, dass irgendjemand die Öl- und Gasindustrie mit Sanktionen belegen will“, sagte er. „Jede derartige Aktion wird den Ölpreis sehr stark verteuern.“

Die USA und ihnen folgend die EU-Staaten lehnen den russisch-chinesischen Vorschlag ab. US-Außenministerin Condoleezza Rice meinte, nun stehe die Glaubwürdigkeit des UN-Sicherheitsrats auf dem Spiel. Das Gremium müsse jetzt eine Entscheidung treffen, „um glaubwürdig zu bleiben“, sagte sie beim Treffen der NATO-Außenminister in Sofia am 30. April. „Sein Wille und seine Worte dürfen nicht ignoriert werden. Ich hoffe deshalb, dass der Sicherheitsrat bereit ist zu handeln.“ Auch das US-Abgeordnetenhaus in Washington forderte harte Sanktionen gegen den Iran. Die USA müssten „alle politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten nutzen, damit der Iran für sein unverantwortliches Verhalten bezahlen muss“, verlangten die Abgeordneten in einem mit großer Mehrheit verabschiedeten Beschluss.

Aber Sanktionen, die nicht von der internationalen Staatengemeinschaft getragen werden, erzielen kaum Wirkung. Würden Russland und China tatsächlich bei ihrem Nein bleiben, könnte Iran einen Wirtschaftsboykott seitens des Westens durch Intensivierung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Russland, China und anderen ostasiatischen Staaten ohne größeren Schaden überstehen. Die größten Verlierer wären dann die Europäer, die durch den Anstieg des Ölpreises und den Verlust eines wichtigen Marktes eine größere Beschädigung ihrer Wirtschaft hinnehmen müssten.

Daher sind sowohl die Europäer als auch die USA bemüht, Russland und China mit ins Boot zu ziehen. Washington verhandelt seit geraumer Zeit mit Russland über ein Atomenergieabkommen, um Moskau von einer engen Kooperation mit Teheran abzubringen. Ein solches Geschäft würde der russischen Führung zeigen, dass der US-Markt in diesem Bereich weitaus lukrativer ist als der iranische Markt. Dabei sind die USA offensichtlich bereit, eine Kehrtwende in ihrer bisherigen Außenpolitik vorzunehmen. Bislang untersagt die Füh-

rung in Washington die meisten Geschäfte dieser Art. Ob aber solcherlei Anreize Moskau dazu bringen könnten, den Schulterchluss mit Teheran aufzugeben, bleibt offen.

Russland: Iran soll das Know-how zum Atomwaffenbau nicht erhalten

Russland hat sich kategorisch dagegen ausgesprochen, dass Iran das Wissen für den Bau von Atomwaffen erlangt. Das Nein der russischen Regierung in diesem Punkt sei ohne wenn und aber, verlautete aus Moskau Regierungskreisen. „Eine andere Frage ist, wie man dieses Ziel taktisch erreicht“, wurde ein Vertreter des Präsidialamts von mehreren russischen Nachrichtenagenturen zitiert. „In diesem Punkt hat Russland Differenzen mit den USA“.

Indes hat Russland trotz der zugespitzten Lage im iranischen Atomstreit Iran zugesagt, sich an die vereinbarte Lieferung von Abwehrraketen zu halten. Die Raketen dienen unter anderem auch dem Schutz von Atomanlagen. „Wenn es nicht zu irgendwelchen Ausnahmesituationen kommt, werden wir den Vertrag erfüllen“, sagte der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow zum Auftakt seines Besuches in Peking am 24. April der russischen Nachrichtenagentur Interfax. Iwanow hatte Ende vergangenen Jahres die Lieferung von bis zu 30 Flugabwehrsystemen vom Typ „Tor-M1“ zur Verteidigung iranischer Atomanlagen sowie wichtiger Regierungsgebäude und Militäranlagen gegen Angriffe aus der Luft angekündigt. Russischen Medien zufolge sollen die Raketen bis September in Iran installiert werden. Sollte dies zutreffen, wäre ein militärischer Angriff auf iranische Atomanlagen – eine Option, über die in Washington, aber auch Tel Aviv nachgedacht wird –, nicht mehr oder zumindest nicht ohne größere Verluste möglich.

Ahmadinedschad nennt Gespräche mit den USA über Irak unnötig

Präsident Ahmadinedschad bezeichnete ein Treffen mit den Vertretern Irans und der USA zum Thema Irak als unnötig. „Wir denken derzeit, dass keine Notwendigkeit besteht, da es im Irak eine dauerhafte Regierung gibt“, antwortete Ahmadinedschad auf die Frage eines Journalisten auf einer Pressekonferenz am 24. April in Teheran. Die



Ankündigung von Konsultationen zwischen Teheran und Washington hatten für Wirbel gesorgt: In Iran wurde das Treffen von den Befürwortern einer Annäherung zwischen Teheran und Washington begrüßt. Manche unter ihnen schlugen sogar vor, das Gespräch nicht auf die Situation im Irak einzuschränken, sondern auf andere Themen wie den Atomkonflikt auszuweiten. Andere, insbesondere die Radikalisirten, bezeichnete das Treffen als eine „Falle“ und mahnten zur Vorsicht.

In der arabischen Welt löste die Ankündigung Unmut und Empörung aus. Vor allem Ägypten und Saudi-Arabien, die sich als führende Staaten der arabischen Welt betrachten, äußerten ihre Verwunderung darüber, dass Iran durch das Gespräch mit der irakischen Besatzungsmacht USA als ein Staat akzeptiert werde, der über das Schicksal Iraks mit zu entscheiden habe. Irak gehöre zur arabischen Staatengemeinschaft und müsse seine Geschicke selbst in die Hand nehmen.

In der Tat hätte ein solches Gespräch zwischen Washington und Teheran einerseits einen Affront gegen die arabischen Staaten und zweitens eine große Aufwertung Irans bedeutet. Aus diesen Gründen hatten die USA schon vor den Äußerungen Ahmadinedschads den Termin auf unbestimmte Zeit verschoben.

Indes hat US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die US-geführten Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak als Mittel verteidigt, um Iran in Schach zu halten. „Ein Erfolg in Afghanistan und ein Erfolg im Irak sind entscheidend, um die extremen Anstöße im Zaum zu halten, die wir von Iran ausgehen sehen“, sagte Rumsfeld am 25. April im Gespräch mit dem ministeriumseigenen Fernsehsender. Das Letzte, was die iranische Führung wolle, seien erfolgreiche Regierungen, politische Systeme mit gewählten Volksvertretern sowie freie Menschen in Afghanistan und im Irak, erläuterte der Verteidigungsminister. „Das schadet ihrer Weltsicht, ihrer extremen Weltsicht.“

Wer der Ansicht sei, dass die USEinsätze in den beiden Ländern zu teuer seien oder zu lange dauerten und dass die USA davon ablassen sollten, der solle sich überlegen, was dies für Iran bedeuten würde. Es sei zu bedenken, wie sehr dies dem Anliegen der iranischen Führung nützen würde.

Präsident reitet abermals Attacken gegen Israel

Auf seiner großen Pressekonferenz vom 24. setzte Ahmadinedschad seine Attacken der letzten Monate gegen Israel fort. Der Antisemitismus in Europa habe die Juden dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, sagte er. „Doch sie haben ein Land besetzt, das nicht ihnen gehörte, sondern den Palästinensern.“ Dies alles sei die Folge des europäischen Antisemitismus. „Lasst ab von eurem Antisemitismus“, fuhr Ahmadinedschad fort. „Wir sind der Auffassung, dass Juden, wie alle anderen Menschen, das Recht auf ein glückliches, freies und sicheres Leben haben. Daher müsst ihr ihnen erlauben, in ihre Heimat zurückzukehren. Seit sechzig Jahren werden die Palästinenser verfolgt und getötet, ihre Häuser werden zerstört und ihre führenden Persönlichkeiten werden mit Vorankündigung durch Terror ermordet. Ihr müsst zulassen, dass Frieden und Sicherheit auf der Grundlage der Gerechtigkeit hergestellt werden. Denn nur so werden sie dauerhaft sein. Ihr habt das Problem geschaffen, jetzt müsst ihr es lösen. Ihr wollt diese Lösung durch Vernichtung eines anderen Volkes erreichen. Wenn ich vorschlage, dass palästinensische Volk selbst entscheiden zulassen, wird mir unterstellt, ich sei Kriegstreiber und Judenfeind. So könnt ihr die Welt nicht regieren. Wir sagen, dieses künstlich gebildete Regime (Israel) kann nach den Regeln der Logik nicht existieren. Lasst einmal die Palästinenser darüber entscheiden, dann werdet ihr sehen, was dabei herauskommt.“

„Jene, die die Rettung der Menschheit für sich beanspruchten und im Zweiten Weltkrieg sich daran machten, das Blut der Ermordeten zu rächen, haben in den vergangenen sechzig Jahren hunderttausende Menschen getötet. Warum? Was für eine Rolle spielten die Palästinenser im Zweiten Weltkrieg, dass sie dafür büßen mussten?“ ... „Wir bedauern zutiefst den Tod eines jeden Menschen. Wir zollen jedem Gläubigen unsere Achtung. Iran ist das einzige Land, das Vertretern anderer Religionen wie Juden, Christen und Zarathustriern, selbst wenn ihre Zahl gering sein sollte, Sitze im Parlament zur Verfügung stellen und als Gleichberechtigte anerkennen.“

Der Präsident erklärte nicht, warum die Vertreter der drei genannten Reli-



gionen einen Sonderstatus erhalten, wenn sie doch dieselben Rechte genießen wie die muslimischen Einwohner des Landes und er sagte auch nicht, wie andere Glaubensrichtungen wie Bahais oder Derwische behandelt werden.

Ahmadinedschad brachte auch sein Mitgefühl mit den Deutschen und Österreichern zum Ausdruck. „Irgendwann vor sechzig Jahren hat ein Krieg stattgefunden. Dabei wurden sechzig Millionen Menschen getötet. Wenn wir damals genug Macht gehabt hätten, hätten wir das Töten verhindert. Für dieses Töten müssen die Palästinenser, die daran keinen Anteil hatten, nun büßen. Auch Deutsche, die damals noch nicht geboren waren, müssen dafür bezahlen. Was hat diese dritte Nachkriegsgenerationen verbrochen, dass sie immer noch für den Krieg gedemütigt wird? Den Deutschen wird verboten, eine selbstständige Rolle in der Welt zu spielen. Ihnen wird immer wieder gesagt, eure Väter sind Verbrecher gewesen. Gedenkstätten werden errichtet und wenn Touristen kommen, werden sie mit Stolz dorthin geführt. Jeder Deutsche wird ständig darauf hingewiesen, dass seine Vorfahren Verbrecher waren und dass er bereit sein müsse, dafür Demütigungen hinzunehmen. Warum? Warum wird einem Volk diese Last aufgebürdet? Das gilt auch für das österreichische Volk. Wir verteidigen nicht den Krieg, wir verurteilen ihn. Aber warum sollen die Menschen für etwas büßen, was sich vor sechzig Jahren ereignet hat? Warum müssen sie soviel Wiedergutmachung bezahlen? Und dies auch noch an Zionisten, damit diese die Palästinenser unterdrücken. Ich habe keinen Zweifel daran, dass das großartige deutsche Volk damit nicht einverstanden ist. ... Wir sagen, das ist nicht gerecht. Wir solidarisieren uns nicht nur mit dem palästinensischen Volk, weil sie Muslime sind, wir solidarisieren uns auch mit dem deutschen Volk, weil auch das Glück der Deutschen uns am Herzen liegt. Warum soll ein so kluges Volk solche historischen Erniedrigungen hinnehmen? Deutschland hat kulturell, wissenschaftlich und politisch Anspruch auf eine herausragende Position. Dabei ist es auch nach sechzig Jahren immer noch Gefangener jener Mächte, die damals das Ganze angezettelt haben. Und nun wollen sie uns verbieten darüber zu reden. Wenn ihr die Wahrheit sagt, dann lasst doch die Forscher forschen. Warum hindert ihr sie daran?“

Die Worte bedürfen keines Kommentars. Es fällt nicht schwer, zu erraten, an wen sie gerichtet sind.

Peres vergleicht Ahmadinedschad mit Hitler

Der frühere israelische Ministerpräsident Schimon Peres sieht Parallelen zwischen dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad und Adolf Hitler. „Seit Hitler ist er der erste, der sich hinstellt und sagt, das jüdische Volk müsse vernichtet werden“, sagte Peres bei einem Besuch in Krakau am 25. April dem israelischen Rundfunk. Unter Anspielung auf die nuklearen Ambitionen Irans sagte der Friedensnobelpreisträger: „Hitler hat Vernichtungslager eingerichtet, er (Ahmadinedschad) will die Bombe für, wie er sagt, zivile Zwecke. Wir wissen genau, was er vorhat, und deshalb müssen wir seine Erklärungen ernst nehmen.“

Der 82-Jährige Peres war nach Polen gereist, um am „Marsch der Überlebenden“ zwischen den Vernichtungslagern Auschwitz und Birkenau teilzunehmen. Zu bemerken ist nur, dass Ahmadinedschad nie gegen Juden, sondern stets gegen Zionisten Stellung nimmt.

Auch ein führender Vertreter der israelischen Regierung, der namentlich nicht genannt werden wollte, sagte einer dpa-Meldung vom 25. April zufolge, die Äußerungen Ahmadinedschads seien „eine Lösung (des Konflikts zwischen Israel und Palästina) nach Nazi-Manier“. „61 Jahre nach dem Holocaust, dessen wir heute gedenken, hoffen wir, dass Ahmadinedschads Worte die Welt wachrütteln.“ Der iranische Präsident wolle nicht nur „Israel von der Landkarte tilgen, sondern die gesamte westliche Zivilisation, so wie wir sie kennen“, sagte der Regierungsvertreter. „Was er da sagt, ist das Rezept für einen neuen Weltkrieg.“

Indes warnte der Chef des israelischen Geheimdienstes Amos Jaldin in einem Interview mit der Zeitung „Haarez“, der Iran habe eine Lieferung nordkoreanischer Raketen erhalten, die mit Atomsprengköpfen bestückt werden und Europa erreichen könnten. Es handele sich um Boden-Boden-Raketen vom Typ BM-25 mit einer Reichweite von 2.550 Kilometern.



Israel nimmt Iran unter die Lupe

Israel hat seine Spionagemöglichkeiten in Iran verbessert und dafür einen weiteren Satelliten im Weltall platziert.

Der Satellit wurde am 26. April vom Fernen Osten Russlands aus und mit Hilfe einer russischen Trägerrakete ins All gebracht. „Die Ausrüstung des Satelliten spricht für sich. Ich muss nichts mehr über den Nutzen sagen, den er haben kann“, sagte Schimon Eckhaus, Chef des Herstellers des Satelliten, ImageSat International, der Nachrichtenagentur Reuters. Die Firma gehört in Teilen dem Rüstungsunternehmen Israel Aircraft Industries, an dem der Staat Anteile hält.

Die israelische Regierung hatte am Vortag Iran wegen dessen Atomprogramm als die größte Gefahr für das jüdische Volk seit dem Holocaust bezeichnet.

„Der Start des Satelliten verlief erfolgreich“, teilte ein Sprecher von ImageSat mit. Ob er wie geplant seine Arbeit aufnehmen kann, wird israelischen Medien zufolge sich bald herausstellen.

Der Satellit trägt den Namen „Eros B“ und braucht für eine Umdrehung der Erde 95 Minuten. Von der geplanten Umlaufbahn in 500 Kilometer Höhe aus kann eine Kamera Objekte am Erdboden fotografieren, die bis zu 70 Zentimeter klein sind. „Eros B“ gesellt sich zu einer früheren Version des Satellitenmodells, das seit Dezember 2000 im All unterwegs ist. Beide Geräte sollen den Spionagesatelliten „Ofek 5“ ergänzen, der regelmäßig arabische Terroristen überfliegt.

Die Tageszeitung „Jedioth Ahronot“ berichtete, Israel arbeite an einem weiteren Satelliten, der Ziele auf der Erde auch bei Dunkelheit oder Wolken erfassen könne. Die bisherigen Satelliten brauchen dafür Tageslicht und klare Sicht.

Zwei Tage nach dem Start meldeten israelische Medien, der Satellit Eros-B habe die Probe bestanden und erste Bilder zur Erde gesandt.

Russland will weiterhin Abwehrraketen an Iran liefern

Trotz der zugespitzten Lage im iranischen Atomstreit hat Russland Iran zugesagt, sich an die vereinbarte Lieferung von Abwehrraketen zu halten. Die Raketen dienen unter anderem auch dem Schutz von Atomanlagen. „Wenn es nicht zu irgendwelchen Ausnahmesituationen kommt, werden wir den Vertrag erfüllen“, sagte der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow zum Auftakt seines Besuches in Peking am 24. April der russischen Nachrichtenagentur Interfax. Iwanow hatte Ende vergangenen Jahres die Lieferung von bis zu 30 Flugabwehrsystemen vom Typ „Tor-M1“ zur Verteidigung iranischer Atomanlagen sowie wichtiger Regierungsgebäude und Militäranlagen gegen Angriffe aus der Luft angekündigt.

Zugleich verneinte Iwanow die Option, dass Iran im Falle eines Angriffs von außen auf die Hilfe der von Russland und China dominierten Shanghai-Staatengruppe zählen könne. „Die Shanghai-Gruppe ist keinerlei Verpflichtungen zur Verteidigung und zum Schutz Irans eingegangen. Teheran hat in der Organisation nur den Rang eines Beobachters“, betonte der russische Verteidigungsminister. Innerhalb der Shanghai-Gruppe versuchen Russland und China ihre strategischen Interessen in Zentralasien zu bündeln, um den internationalen Terrorismus zu bekämpfen und den Einfluss der USA auf die Region einzuschränken. Die Shanghai-Gruppe besteht aus Russland, China und fünf zentralasiatischen Staaten.

Iwanow hatte in den vergangenen Monaten ungeachtet von Protesten der US-Regierung mehrfach die Bereitstellung der Raketen angekündigt, ohne dabei einen Liefertermin zu nennen. Russische Medien spekulierten im Februar, die erste Lieferung sein für Mai vorgesehen. Das Raketensystem soll Flugzeuge, Drohnen und Marschflugkörper in einer Entfernung von bis zu zwölf Kilometern zerstören können.

Nach den Worten von Iwanow handele es sich um Abwehrwaffen. „Das Abwehrsystem Tor M1 kann schon von seiner Bestimmung her nicht von Terroristen benutzt werden, auch nicht von iranischen“, betonte der Verteidigungsminister in Peking.



Polenz ruft zu mehr Geduld auf

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses in Deutschen Bundestag, Ruprecht Polenz, hat Washington empfohlen, im Atomstreit mit Iran „Festigkeit aber auch Geduld“ zu zeigen. „Dass Druck nötig ist, steht außer Frage, aber der Druck muss auch glaubwürdig sein“, sagte Polenz während seines USA-Aufenthalts am 25. April nach seinen Gesprächen mit Nicholas Burns, dem Staatssekretär im Außenministerium, und Elliott Abrams vom Nationalen Sicherheitsrat im Weißen Haus.

Man müsse sich fragen, welchen Gefallen man der Führung in Teheran mit aufgeregten Diskussionen tue, die den Ölpreis in die Höhe treiben. „Je flacher man den Ball hält, desto mehr dient es der Sache“, sagte Polenz.

Bezüglich möglicher Sanktionen gegen Iran zeigte sich Polenz skeptisch. Er sprach sich dafür aus, sich stärker auf die Implementierung des Zusatzprotokolls des Atomwaffensperrvertrags zu konzentrieren, das schärfere und unangemeldete Kontrollen der Atomanlagen durch internationale Inspektoren vorsieht. Nach Agenturmeldungen wird Polenz Anfang Mai in Teheran u. a. mit Außenminister Manuchehr Mottaki Gespräche führen.

Einer Umfrage des Forsa-Instituts zufolge lehnt eine breite Mehrheit der Deutschen einen Krieg gegen Iran ab. Mehr als drei Viertel (77 Prozent) der 1.005 Befragten wollen auf jeden Fall verzichten, ergab die am 26. April veröffentlichte Umfrage. Knapp jeder Fünfte (19 Prozent) ist „notfalls“ für militärische Gewalt, vier Prozent sind unentschieden.

50 Millionen und noch mehr für Hamas

Iran hat der palästinensischen Autonomiebehörde 50 Millionen Dollar Finanzhilfe zugesagt. Dies teilte der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki am 23. April zum Abschluss einer Unterstützungskonferenz für die Hamas in Teheran mit. Seine Regierung sei entschlossen, die Anweisungen des Gründers der Islamischen Republik, Ayatollah Chomeini, zu befolgen und mit aller Kraft den palästinensischen Widerstand zu unterstützen, sagte Mottaki. Damit reagierte Iran auf die Entschei-

dung der USA und der EU, Hilfszahlungen an die Autonomiebehörde einzustellen, weil die Hamas sich weigere, den Staat Israel anzuerkennen und der Gewalt abzuschwören. Die EU war mit 600 Millionen Dollar jährlich für den palästinensischen Haushalt der größte Geldgeber, die Hilfe aus den USA betrug 400 Millionen Dollar.

Die Einstellung der Finanzhilfen drohte die Autonomiebehörde völlig lahm zu legen. Die Regierung war bereits nicht mehr imstande, die Gehälter der rund 140.000 Beamten, Lehrer und Sicherheitskräfte zu zahlen.

Die Konferenz rief in einer Abschlusserklärung alle islamischen Staaten auf, die neue Hamas-Regierung zu unterstützen. Hamas-Führer Khaled Mashaal hatte den Finanzbedarf seiner Regierung auf 170 Millionen Dollar pro Monat beziffert.

In der Abschlusserklärung wurde ferner die Gründung eines Staates Palästina mit Jerusalem als Hauptstadt gefordert und jede Art von Kompromiss abgelehnt. Der einzige Weg, das „Ungleichgewicht“ in den besetzten Gebieten zu beseitigen, sei der Widerstand gegen die israelische Besatzungsmacht, erklärten die Teilnehmer.

Außenminister Mottaki sagte, sein Land sei bereit, die Finanzhilfen für die Hamas-Regierung zu koordinieren. „Wir erleben derzeit mit, wie das zionistische Regime nach und nach zerfällt und zusammenbricht, und mit der Unterstützung der islamischen Welt wird der rechtmäßige Widerstand siegen“.

Iran hofft mit der Veranstaltung der Unterstützungskonferenz für Palästina und der Hilfeleistung an die regierende Hamas seine Position in der islamischen Welt ausbauen und vor allem die radikalen Kräfte in der Region für sich gewinnen zu können. Schon unmittelbar nach dem Wahlsieg der Hamas hatte Irans Revolutionsführer Ali Chamenei bei einem Treffen mit Khaled Mashaal in Teheran den Palästinensern empfohlen, ihren bewaffneten Widerstand nicht aufzugeben. „Es war der bewaffnete Widerstand, der die Besatzer gestern aus dem Libanon hinaus getrieben, heute zur Räumung des Gazastreifens gezwungen hat und so Gott will morgen aus Jerusalem hinauswerfen wird“, sagte Chamenei.